

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 3-spaltige Zeile 1,50 Mk., von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach Br. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 6.— Mk., von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Anzeigen bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 7248. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Nr. 282

Mittwoch, den 9. November 1921

12. Jahrgang

## Revolutionsfeier.

Singt mir kein lautes Lied — laßt nur gedämpft  
Die Sturmglocken von steiler Höhe klingen.  
Die Streiter vom November, müd gekämpft,  
Stehn abseits, neue Kräfte zu erringen.

Singt mir kein lautes Lied — die Zeit ist schal,  
In jedem Winkel lauert ein Verderben.  
Man hat die Freiheit wohl genarrt einmal,  
Ein zweites Mal geht sie nicht wieder sterben.

Singt mir kein lautes Lied — ganz heimlich braust  
Der alte Sang von Sturm und Herbstgewittern.  
Das rote Banner in die harte Faust!  
Noch einmal soll die Welt vor ihm erzittern . . . .

Alfred Moeglich.

## Der 9. November.

— Zum dritten Male fährt sich heute der Tag, der das deutsche Volk aus den Fesseln des Obrigkeitsstaates befreite und es zum Herrn seines Geschicks werden ließ. Jener denkwürdige 9. November des Jahres 1918 wird auch für die Danziger Arbeiterschaft immer ein Tag wertvoller Erinnerungen bleiben. Damals noch zum Deutschen Reiche gehörend, brauste der freiheitliche Novembersturm auch über Danzig und ließ uns an der Schaffung der deutschen Republik tätigen Anteil nehmen. Der Machtpruch von Versailles setzte unserer weiteren Mitarbeit am Ausbau des deutschen Volksstaates gewaltfam ein Ende. Selbst in einen schweren Kampf um die Wahrung unserer staatlichen Freiheit und um die Erhaltung unserer bereits stark verkümmerten politischen Rechte gestellt, können wir den Verlauf der Entwicklung in Deutschland nur noch aus der Entfernung verfolgen. Aber dennoch weilen unsere Gedanken heute stärker als an anderen Tagen bei unseren Arbeitsbrüdern im Reich. Ihr Kampf gegen die immer dreister auftretende Reaktion und gegen die Sklavensesseln des Versailles Diktats ist auch unser Kampf. In unserm doppelstimmigen Ringen gegen eine übermächtige „Ordnungsstaat“-Reaktion und den unterjochungslüsternden polnischen Imperialismus sind wir zwar zum größten Teil auf unsere eigene Kraft angewiesen. Aber den endgültigen Sieg über alle Feinde des Sozialismus wird die Danziger Arbeiterschaft nur in enger Kampfgemeinschaft mit der deutschen Arbeiterbewegung erringen.

In diesem Sinne feiert auch Danzigs Sozialdemokratie die Erinnerung an den 9. November. Er wird im Freiheitskampf des deutschen Volkes immer ein Tag großer geschichtlicher Bedeutung bleiben, mag er auch noch so von der „Partei der Falsch und Günst“ umstritten werden. Erst mit dem Zusammenbruch der ferdinand-militaristischen Hohenzollernherrschaft fielen die entsetzenden politischen Schranken, gegen die von der deutschen Arbeiterschaft eine ganze Generation hindurch ein schwerer und aufopferungsreicher Kampf geführt worden war. Und wenn auch heute noch kleinere Teile der Arbeiterschaft die Bedeutung des 9. Novembers nicht richtig zu würdigen verstehen, so vielmehr leicht auch aus dem Grunde, daß uns damals die politische Gleichberechtigung beinahe mühelos als tolle Frucht in den Schoß fiel. Und doch ist um die politische Mündigwerdung des deutschen Volkes jahrzehntelang unter Führung unserer Besten heiß gekämpft worden. Noch nicht allzulange liegt der kaiserliche Dreiklassenstaat Preußen-Deutschland mit seiner wütenden Hege gegen alle freiheitlichen Bestrebungen der Arbeiterbewegung hinter uns.

Wohl läßt es sich nicht leugnen, daß in den drei Jahren nach der Umwälzung weitläufig nicht alle Willenträger gereift sind, die in den begeisterten Novembertagen mehr oder weniger stark gehandelt wurden. Wohl haben sich vor allen Dingen nicht die Bedingungen erfüllt, die von der leicht errungenen politischen Freiheit auch die schnelle und gründliche Befrei-

ung aus den Fesseln des Kapitals erwarten. Im Gegenteil muß die Arbeiterschaft heute, und besonders wir in Danzig, ingrimmig zusehen, wie selbst auf politischem Gebiet ein Stück nach dem andern der damals errungenen Freiheit von der Reaktion verschlungen wird.

Wald sollte es überflüssig sein, den Ursachen der nicht erfüllten Hoffnungen und des zu verzehrenden Rücklaufes der Entwicklung nachzugehen. In allen Lagern der Arbeiterbewegung hat sich endlich die Einsicht Bahn gebrochen, daß der weiteren gegenseitigen Bekämpfung und Berspitterung ein Ende gemacht werden muß, wenn es mit der Arbeiterbewegung wieder vorwärts gehen soll. So erfreulich dieser Gesinnungsprozess ist, so wenig darf dabei übersehen werden, daß es im linksstehenden Lager der Arbeiterschaft noch einer gründlichen Klärung der Meinungen bedarf, ehe an eine schicksallose Kampffront aller aufrichtig zum Sozialismus strebenden Volkskreise gedacht werden kann. So lange entgegen aller gegebenen Einsicht und gemachten traurigen Erfahrungen noch immer die von Moskau ausgehende Blutparade einer Gewaltherrschaft klawische Nachbeter und Gläubige findet, so lange ist keine ernste Aussicht auf Bildung einer wahrhaft haltbaren und erfolgversprechenden Einheitsfront der sozialistischen Arbeiterschaft gegeben.

Aber trotz des noch immer herumspukenden Diktaturgeschreies auf Nachahmung des russischen „Vorwärts“ weisen die der Arbeiterschaft bis jetzt nur allzu deutlich erteilten Lehren auf eine bessere Entwicklung der Arbeiterbewegung als wir sie in den Revolutionsjahren zu verzeichnen gehabt haben. Der Kapitalismus gebärdet sich in seiner schrankenlosen Herrschaft über den Prolet immer toller. Die arbeitende Bevölkerung hat schwer zu ringen, um sich nur notdürftig über Wasser zu halten. Die sich immer breiter auswachsende Weltkrise läßt immer deutlicher erkennen, daß nur eine grundlegende Neuerung der Wirtschaft nach sozialistischen Gesichtspunkten aus dem jetzigen Chaos herauszuführen. Die Arbeiterschaft ist aus nächster Selbsterhaltungstrieb gezwungen, diese Neuorientierung mit allergrößter Beschleunigung zu erzwingen, will sie nicht als Opfer der unstillbaren kapitalistischen Weltordnung auf der Strecke bleiben. Die sich aus Eigenmut und Kurzsichtigkeit gegen die Verwirklichung des Sozialismus stemmende blutrünstige Macht wird nur durch den einheitlichen geschlossenen Willen aller arbeitenden Schichten überwunden werden können. Der 9. November muß darum allen Hand- und Kopfarbeitern eine neue ernste Mahnung sein. Er lehrt uns aber auch, daß die Arbeiterschaft zukünftig nicht wieder die Wege der blutigen Gewalt gehen darf, wenn sie in ihrer Entwicklung nicht auf neue schwere Rückschläge erliden soll. Selbst Lenin, sonst als unerschütterlicher Papst von allen Roten-Gläubigen anerkannt, hat unter der Wucht der harten Tatsachen zugestehen müssen, daß die gewaltsame wirtschaftliche Umwälzung ein verwerfliches Versäumnis war.

Die deutsche Arbeiterschaft muß darum nach mehreren Jahren wenig erfolgreichen Ringens endlich einheitlich und geschlossen die Bahnen folgen, die ihr die Sozialdemokratie von jeher gewiesen hat. Die November-Umwälzung hat die Plattform geschaffen, auf der die Kämpfe um die bessere Gestaltung unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zum Siege geführt werden können. Vorbedingung ist, daß die werktätige Bevölkerung die ihr zustehende politische Mitbestimmung besser als bisher im Sinne einer praktischen sozialistischen Politik ausnützt. Wohl hat die November-Umwälzung auch für die aufgeklärten Anhänger der Sozialdemokratischen Partei manche Enttäuschung mit sich gebracht. Die Ursachen dieser liegen jedoch nicht in der Untauglichkeit der von uns für den proletarischen Befreiungskampf geführten demokratischen Waffe, sondern in der Ungeschultheit und Unauferklärtheit breiter Volksmassen, die von dieser Waffe nicht den vollwertigen Gebrauch machen können. Tragen wir darum die Aufklärung in immer weitere Kreise der Bevölkerung, begeistern wir alle werktätigen Schaffenden für unsere Idee, dann erfüllen wir am besten den Sinn des 9. November.

Wir haben in unserm eng gezielten Freiheitskampf unter besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen. Nur unter Anstrengung aller unserer Kräfte wird es möglich sein, weitere Rückschläge auf unsere innere und äußere Freiheit abzuwehren. Hoffnungslos richtet sich in dieser Stunde unser Blick nach Deutschland. Wohl leidet die deutsche Republik ebenfalls schwer unter der Faust der übermächtigen Sieger, die mit ihrer wirtschaftlichen Verflavung jede sozialistische Entwicklung hinführen zu halten trachten. Aber auch unter der Arbeiterschaft der Siegerstaaten wird sich immer mehr die Erkenntnis Bahn brechen, daß die dem deutschen Volke angelegten Fesseln auch ihr eigenes Schicksal umschließen. Ist erst durch die starke internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder die im Vertrage von Versailles über das deutsche Volk verhängte imperialistische Verflavung aufgehoben oder wenigstens soweit gemildert, daß die deutsche Republik wieder freie Luft zum Atmen bekommt, wird die deutsche Arbeiterschaft mit der monarchistisch-militaristischen Reaktion schnell fertig werden und freie Bahn zur vollen Verwirklichung der sozialistischen Ideen haben. Dann wird auch für Danzigs arbeitenden Volk hoffentlich die Stunde gekommen sein, wo es in berechtigtem Anspruch auf das ihm vorenthaltene Selbstbestimmungsrecht sowohl nach innen als nach außen frei über sein Schicksal verfügen und das Wert des 9. November gemeinsam mit den deutschen Arbeitsbrüdern zu Ende führen kann.

So wähl denn Freiheit oder Sklaverei —  
Trägt weiter Du in Demut still Dein Joch,  
So klage nicht, daß es Dir drückend sei.  
Doch fühlst Du Dich als Pann, als Freier noch,  
So stell' als Bruder Dich in unsere Reih'  
Und glaub's: Trotz alledem, wir legen doch!

# Die Tätigkeit der sozialdemokr. Volkstagsfraktion.

Bericht des Gen. Gehl auf dem außerordentlichen Parteitag am 6. November 1921.

In der Beteiligung am Parlamentarismus sieht die Sozialdemokratie ein geeignetes Mittel, den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu fördern. Durch die Mitarbeit im Parlament wollen wir einen Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung des Staates ausüben und reaktionäre Angriffe auf die vom Volke erkämpften Rechte und Freiheiten abwehren. Wir haben versucht, in diesem Sinne in der Verfassunggebenden Versammlung und später im Volkstage nach besten Kräften zu arbeiten. Unserer Arbeit waren natürliche Schranken gesetzt, da wir nur 1/3 der Mandate inne haben und in Gemeinschaft mit den übrigen sozialistischen Fraktionen auch nur erst über den dritten Teil der Sätze verfügen. Der Kampf um die Gestaltung der Verfassung zersplitzte die Macht der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Die Verfassung erhielt dadurch mit Unterstützung der „Demokraten“ eine reaktionäre Grundtendenz. Durch das bürgerliche Kompromiß ließen die Vertriebenen und wurde die Schule wieder der Kirche angeschlossen. Auch die festgesetzte Regierungsform war so wenig demokratisch, daß wir die Verfassung ablehnten. Unter all diesen Umständen kam die Beteiligung an der Regierungsbildung nicht in Frage. Wäre die Verfassung freierwillig gestaltet worden, hätte sich auch sicherlich die parlamentarische Arbeit reibungsloser abgewickelt. Der Völkerverbund hat bereits im Juli die Änderung der Verfassung auf Veranlassung der Antisemiten des Senats beschlossen. Als heute hat der Senat in dieser Richtung noch keine Anstalten gemacht.

Von den in seinem Programm gegebenen Versprechungen hat der Bürgerblock-Senat so gut wie nichts erfüllt. Die Opposition hat man stets übergangen. Dagegen läßt die Landwirtschaft und die Handelskammer auf den Senat, der vollkommen unter deutschnationaler Führung steht, einen großen Einfluß aus. Es sitzen wohl im Senat einige tüchtige Verwaltungsbeamte, aber keine politischen Köpfe. Das trat ganz besonders bei der zwischen Polen und Danzig geführten Wirtschaftsverhandlung in die Erscheinung. Polens Vertreter waren gut vorbereitet. Der Danziger Senat trat dagegen ohne jedes Material an den Verhandlungstisch.

Auch die Arbeiten des Volkstages standen stets unter dem unheilvollen Einfluß der Deutschnationalen. Die übrigen bürgerlichen Parteien ließen sich fast in allen Fragen von diesen ins Schlepptau nehmen. Die Deutsche Partei möchte sich zwar nach außen einen freierwilligen Anstrich geben, ist aber noch immer bei allen wichtigen Entscheidungen wieder ungeschaffen. Das Zentrum gibt den Deutschnationalen an reaktionärer Gesinnung nichts nach und verlagert selbst die in ihm sitzenden Arbeitervertreter in wichtigen Arbeiterfragen. Gegenüber dem geschlossenen Bürgerblock stehen wir in sachlicher Opposition und lehnen die von den Unabhängigen und Kommunisten betriebene Doppelpolitik ab.

## Unsere Arbeit im Parlament.

Die Kämpfe, die wir um unsere Forderungen geführt haben, waren unter diesen Umständen natürlich hart und erbittert. Der größte Kampf wurde um das Steuergesetz geführt. Die bürgerlichen Parteien verfochten hier ihren alten Grundsatz: den Reichtum zu kappen und die ganze Last auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. In dieser Richtung hatte der frühere Staatsrat bereits gut vorgegearbeitet, indem er die bestehenden deutschen Gesetze über die Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungssteuer sowie das Reichssteueropfer für den Freistaat einfach außer Kraft setzte. Unser Antrag auf Schaffung einer Vermögensteuer wurde von den bürgerlichen Parteien ebenfalls abgelehnt. Das Gesetz über die Gemeinbewirtschaftung der Elektrizität konnte nur im harten Kampf gegen die Deutschnationalen verabschiedet werden. Es ist auch noch nicht durchgeführt. Bei der Beratung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes gelang es uns, die landwirtschaftlichen Arbeiter und Betriebe mit in dieses Gesetz hineinzubringen. Die Landarbeiter brauchen ihre Vorklagen und andere gewerblichen Streitigkeiten nicht mehr beim Amtsgericht führen, sondern ihnen steht jetzt ebenfalls das Gewerbegericht offen. In wichtigen Hauptanträgen sind von unserer Fraktion gehandelt worden: Der Erlaß einer Amnestie. Dieser wurde angenommen. Verbot des Glücksspiels in Joppot. Auch diesem stimmte das Haus einstimmig zu, doch der damalige Staatsrat führte den Verbot nicht aus. Angenommen wurde der Antrag auf Bewährung des Armenrechtes an Danziger Staatsangehörige bei deutschen und polnischen Verurteilungen. Auch dem beantragten Abbau der Lebensmittelpreise stimmte der Volkstag zu, der Senat lehnte sich aber nicht daran. Die Schaffung einer einheitlichen Lohn- und Gehaltsordnung für die in den Staatsbetrieben beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter, soweit sie nicht im Beamtenverhältnis stehen, fand Aufnahme. Der Antrag auf baldige Schaffung des Gesetzes betr. Be-

triebsauschüsse gemäß der Verfassung wurde ebenfalls angenommen, jedoch hat der Senat bisher eine Vorlage nicht unterbreitet. Das gleiche ist bei der beantragten Schaffung eines Zentral-Arbeitsamtes für den Freistaat der Fall. Der Antrag auf Bewährung von Zuschüssen an die Gemeinden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen in der Erwerbslosenfürsorge hatte Erfolg. Der Bewährung von Zulagen an die Unfallrentner kam der Senat im Rahmen der Reichsfläche nach. Die Forderung auf Rückgängigmachung der den Demobilisierungsvorordnungen zumwiderlaufenden Abänderungen bei der Antriebsbehörde wurde abgelehnt. Eine beantragte Regelung des Zuganges fremder Arbeiter für die Landwirtschaft des Freistaates blieb unerledigt. Der Gesetzesentwurf zur Regelung der Unterstützung ganz oder teilweise erwerbsunfähiger Minderbemittelter wurde abgelehnt. Die Anträge auf Einrichtung eines Kulturamtes und Verstaatlichung der Kinotheater sind noch unerledigt. Aus neuerer Zeit sind noch die Anträge auf Freigabe des Verkaufs von Salz- und Gefrierfleisch, Umstellung der Gewerksfabrik, Aufhebung der wirtschaftlichen Bundesratsverordnungen, Aufhebung des Strafverfahrens gegen Raab und Schmidt, Neuwahl des Volkstages, Anklage gegen Senator Schlimmer, Spende für Oppau.

Außer diesen Anträgen machte die Fraktion zu den einzelnen Gesetzesvorlagen zahllose Verbesserungsvorschläge und versuchte in den Kommissionen eine Bessergestaltung der Gesetze herbeizuführen. Weiter wurden zu wichtigen Angelegenheiten eine stattliche Reihe kleiner und großer Anfragen gestellt.

Die Stellungnahme der Fraktion zu der Frage der Ausgleichszulagen für die Beamtenschaft ist mehrfach der Artikel ausgeführt gewesen. Die Fraktion hat es abgelehnt, das Beitreten um die Gunst der Beamten mitzumachen. Wir haben uns für die Reichsfläche ausgesprochen, weil die Gleichstellung mit dem Reich selbst früher von den Beamten gefordert war. Der Vorwurf der Beamtenfeindschaft kann der Partei nicht gemacht werden. Sie hat sich im früheren Oberrichterstaat stets für die Beamten eingesetzt und wird die Rechte der Beamten auch weiterhin vertreten, ohne aus Agitationsbedürfnis den Boden der praktischen Politik zu verlassen. Wie richtig die Stellungnahme der Fraktion war, beweist die jetzt im Reich eingeleitete vollkommen grundlegende Neuregelung der Beamtenbesoldung, an deren Übernahme auf den Freistaat die Beamten schon auf Grund des bestehenden Beamtenabkommens besonderes Interesse haben.

## Die Außenpolitik.

Wange Sorge herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung um das zukünftige Schicksal Danzigs. Polen läßt nichts unversucht, Danzig ganz in sich aufzunehmen. Die Auslieferung der Eisenbahn an Polen, die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze und die Einführung der polnischen Zollgesetzgebung kommen Polen in seinen Absichten entgegen. Durch die Übertragung der außenpolitischen Vertretung an Polen ist die Danziger Selbstständigkeit beschränkt und wird es stets alle Anforderungen erfordern, Danzigs Souveränität gegenüber den polnischen Ansprüchen zu wahren. Der Völkerverbund hat ebenfalls den Freistaat durch seine willkürlichen Eingriffe, wie z. B. das Verbot der Waffenherstellung, geschädigt. Unsere wirtschaftliche Lage ist außerordentlich traurig. Danzig kann sich nicht allein ernähren und ist Polen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Zu all diesen Schwierigkeiten kommt noch die Klügellosigkeit des Senats und der Mehrheit des Volkstages. Danzig ist darauf angewiesen, ein Industrie- und Handelsstaat zu werden. Aber nur wenn eine Politik getrieben wird, die den schwereren Verhältnissen der breiten Volksmasse Rechnung trägt, wird Ruhe und Arbeitsfreudigkeit herrschen und sich das Wirtschaftsleben vorwärts entwickeln.

Die Voraussetzung dafür ist, daß die breite Masse des Volkes, die Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern und Beamten sowie die Frauen einen größeren Einfluß auf die Politik des Senats und des Volkstages gewinnen. Das kann nur durch die Sozialdemokratische Partei geschehen, deren Bestreben es ist, das gesamte Volk besseren Zuständen entgegenzuführen. Die Mehrheit der Bevölkerung muß endlich einsehen, daß wir zum Sozialismus kommen müssen, wenn wir nicht verkommen wollen. Die werktätige Bevölkerung muß zum Besitze der politischen Macht kommen. Das kann nur geschehen, wenn die Zersplitterung ihr Ende findet. Durch unermüdete Aufklärungsarbeit müssen die Massen gewonnen und geschult werden. Dann wird die Macht des Bürgerblocks gebrochen werden und der Weg zu einer freierwilligen Politik zum Wohle des Volkes freigemacht.

Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

## Die Freiheit der Schleberzunft.

Verchiebung deutscher Kartoffeln nach England.

So unerhört es klingt, es scheint doch wahr zu sein, daß erhebliche Mengen deutscher Kartoffeln durch Schleberhandel und Verchiebung ins Ausland geleitet werden. Aus London wird gemeldet, daß die dortige Landwirtschaftskammer bei der Regierung Vorstellung erhob, wegen der starken Einfuhr billiger Kartoffeln deutschen Ursprungs. Die Einfuhr sei erheblich, und es wäre nicht ausgeschlossen, daß sie ernste Wirkungen auf den englischen Kartoffelbau im nächsten Herbst ausüben werde. Die Kartoffeln kämen in der Regel immer holländischer Provenienz in England an. Es sei jedoch zweifelhaft, daß die deutschen Kartoffeln seien und lediglich durch Holland geleitet würden, um den Einfuhrzoll von 25% Prozent zu umgehen.

Auch wenn man zugeben will, daß die englischen Agrarier hart übertrieben und aus Sorge um ihre Preise schreien, muß man bestimmt annehmen, daß tatsächlich große Kartoffelmengen aus Deutschland verschoben werden. Die Kartoffeln sind in England 5 bis 6 mal so teuer als in Deutschland. Es kommen also außerordentlich große Schlebergewinne bei diesem Handel heraus. Der deutschen Bevölkerung aber, die ohnehin hart unter der Kartoffelnot leidet, werden die letzten paar Broden Feldfrüchte weggenommen. Es ist unmöglich, daß diese Kartoffelendungen ohne ganz erhebliche Schmiergeldsummen aus Deutschland hinauskommen können. Bei einiger Wachsamkeit der Behörden aber, müßten diese skandalösen Transporte verhindert werden können.

## Die Maßnahmen gegen die wilde Spekulation.

Das Reichskabinett hat gestern dem vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachten Gesetzentwurf über den Verkehr mit fremden Geldsorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz bestimmt, daß der Handel mit Devisen usw. an die Banken gebunden sein soll; also nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers können in Zukunft Devisen- und ähnliche Geschäfte abgeschlossen werden. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen. Ferner sind die Banken verpflichtet, über jedes abgeschlossene Geschäft nach Höhe, Kurs usw. einen Schluschein auszustellen. Dieser Schluschein muß dem Finanzamt überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen die Scheckscheine zu den Steuerakten. Der Gesetzentwurf wird binnen kurzem dem Reichsrat und Reichstage zugehen.

Zum Streitende im Berliner Gastwirtsgerwebe. Nach fünf Wochen hartem Kampf haben sich die Parteien auf Grund des Schiedsspruches geeinigt, der die strikten Punkte wie folgt regelt: Für das Kellnerpersonal wird ein Grundgehalt von 1000 Mk. in den Bier-, Saal- und Gartenwirtschaften, von 1800 Mk. in den Hotels, Weinrestaurants und Cafés gewährt. Auf alle verabreichten Speisen, Getränke, Weine usw. wird ein Zuschlag von zehn Prozent erhoben. Die Verteilung des die Grundlöhne übersteigenden Uberschusses an den Zuschüssen wird gleichmäßig durch die Arbeitgeber unter Mitwirkung der Betriebsvertretung unter den Kellnern vorgenommen. Die Annahme von Trinkgelbern ist verträglich verboten. Dieser Schiedsspruch ist ein Kompromiß! Er versucht den Forderungen beider Teile Rechnung zu tragen. Die Unternehmer haben ihren Standpunkt aufgegeben und die ideale Forderung der Angestellten nach einem festen Lohn anerkennen müssen. Das Prinzip hat in diesem Kampfe gesiegt. Den zehnprozentigen Zuschlag des Schiedsspruches werden die Kellner hinnehmen müssen. Es sind ihm die Gistähne ausgebrochen worden, die das zehnprozentige der Unternehmer besitzt. Der Zuschlag steht in eine gemeinsame Kasse und wird nach Abzug des Lohnes gleichmäßig unter alle Angestellte des Betriebes verteilt. Damit hört die schandvolle Profitgier auf, die den einen zum Feind des anderen macht, die ihn veranlaßt zur Liebedienerei gegenüber dem Unternehmer. Damit hat aber auch der Zustand ein Ende erreicht, der den Kellner zwang, nicht auf die Länge der Arbeitszeit zu achten. Diese Regelung bedeutet aber auch, so wertwüdig das klingt, die erstmalige Einführung der gleitenden Lohnskala in Deutschland. Mit den steigenden Preisen wird die Summe steigen, die der zehnprozentige Zuschlag bringt und damit auch der Anteil, den jeder Angestellter zu seinem Grundgehalt bekommt. Der Kampf ist geführt worden für den festen Lohn, gegen das Trinkgeld. In dieser Frage hat die Angestelltenchaft einen schönen Erfolg erzielt.

Steigende Einfuhr Deutschlands. Nach den soeben veröffentlichten amtlichen Ergebnissen des deutschen Außenhandels für den Monat August belief sich die deutsche Einfuhr auf 9418 229 000 Mark (im Juli rund 7 1/2 Milliarden) und die Ausfuhr auf 9 683 017 000 Mark (im Juli rund 8 1/2 Milliarden). Damit ist der Uberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, der im Juli erst rund 1 1/2 Milliarden Mark betrug, auf nahezu 3 Milliarden gestiegen. Um diesen Betrag ist also im Monat August die Verschuldung Deutschlands aus Warenbezug vom Auslande gestiegen. Das hängt unmittelbar zusammen mit der ungeheuren Entwertung der deutschen Mark.

Die Aufstände in der Ukraine. Nach den letzten Meldungen befinden sich, außer wie bekannt, Pöbel usw. jetzt bereits die Orte Dnyow, Umanj und Tschernobyl in den Händen der ukrainischen Aufständischen, so daß sich eine bis an den Dniypr im Südosten von Kiew vorstoßende Front zu bilden beginnt. Im Räume von Odessa machen die Aufständischen Versuche, sich zu einer größeren Aktion zusammenzuschließen, wobei sie, wie es heißt, von den deutschen Kolonisten unterstützt werden. Im Zusammenhang mit dem Wiederanschwellen der Aufstandsbewegung in der Ukraine wird aus Tambow und dem nördlichen Teil des Voronezher Gouvernements von neuen Operationen des Bauernführers Antonow gemeldet.

Der thüringische Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien die Aufhebung des Subtags als gesetzlichen Feiertag beschlossen.

## 15 Millionen Mark für Kartoffelbeschaffung.

### Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 8. November 1921.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Versammlung und teilt mit, daß Gen. Kłobowski im Stadtverordnetenmandat niederlegt. Es wurden alsdann eine Reihe von Wahlen nach den Vorschlägen des Wahlschusses erledigt, u. a. wurde gewählt: Stadtv. Gen. Kłobowski als Mitglied des Wohlfahrtsamtes und Stadtv. Gen. Kłobowski als Mitglied in den Schulvorstand der Schule in Brösen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der Oberstadtschreiber Paul Vener mit einer jährlichen Pension von 9645 Mark in den Ruhestand versetzt wird. Zur Herstellung einer Abblasse im städtischen Krankenhaus werden 15 000 Mark nachbewilligt.

#### Für das Altersheim Pelouca

Die Versammlung erteilt weitere 300 000 Mark zur Verfügung. Die im Haushaltsplan vorgelegenen Summen wurden um folgende Beträge erhöht: Vergütungen und Löhne 10 000 Mk., Bewältigung 258 000 Mk., Verleibung 15 000 Mk., Heizung 10 000 Mk.

Der Zuschuß für das Kinder- und Waisenhaus Pelouca wurde für das Rechnungsjahr 1921 von 150 000 Mark auf 305 000 Mark erhöht.

Zur Herstellung eines Sommerweges auf der Verbindungsstraße Sandgrube—Stolzenberg

aus den Flegelbroden, die auf dem Bischofsberg lagern, wurden 55 000 Mark verlangt.

Stadtv. Gen. Arczynski fragt an, ob die angeforderte Summe ausreicht, man möge sie sonst gleich erhöhen.

Stadtbauinspektor Bruns antwortete, daß eine Erhöhung der Summe nicht notwendig sei; bei einer eventuellen Lohnsteigerung würde eine Nachforderung gestellt werden. Die Vorlage wurde genehmigt.

#### Gehaltsaufbesserung der Lehrkräfte an den Privatschulen.

Eine Vorlage des Senats verlangt 850 000 Mark für eine Aufbesserung der Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer an den privaten Schulen, die als Ersatz für öffentliche anzusehen sind.

Stadtv. Dr. Thun (3.) bemängelt, daß in der Vorlage für die Angestellten dieser Schulen keine Gehaltsaufbesserungen vorgesehen sind. Da die Lehrkräfte der Privatschulen die gleiche Vorbildung wie städtische Lehrer und Lehrerinnen haben müssen, müßte auch eine gleichmäßige Bezahlung eintreten. Eine Volksschullehrerin erhält 16 000 Mark Anfangsgehalt, während die Privatschullehrerin bei Annahme dieser Vorlage nur 18 000 Mark erhält. Redner bittet die Vorlage anzunehmen.

Stadtv. Fuhrlänge betont, daß die gesamte Lehrerschaft created ist, aber die unterschiedliche Bezahlung der Priatlschul-lehrerinnen. In Preußen habe man festgelegt, daß an diese 80 Prozent des Gehalts der städtischen Lehrerinnen gezahlt werden. Redner verlangt, daß für die durch Aufhebung der privaten Vorschulen stellunglos werdenden Lehrerinnen gesorgt wird.

Stadtv. Gen. Arczynski erklärt im Namen der Fraktion, daß sie für die Vorlage eintritt. Doch ist dabei die Frage von Bedeutung, welche Rechte und Pflichten hat die Stadt bei diesen Schulen. Wenn diese Schulen Ersatz für städtische Schulen sind, dann sind sie sofort von der Stadt zu übernehmen. Die Schulverwaltung möge die Stadtverordnetenversammlung in Zukunft mit solchen Bittgesuchen verschonen. In den Privatschulen befinden sich meist die Kinder besserer Stände, die auch die Pflicht haben, für eine angemessene Bezahlung der Lehrkräfte zu sorgen. Die sozialdemokratische Fraktion ist nicht gegen die vorgesehenen Gehaltsaufbesserungen.

Stadtv. Dr. Thun (3.) wendet sich gegen die vom Gen. Arczynski erhobenen Forderungen der Verhändlung der Privatschulen. Manche Eltern hätten den Wunsch, ihre Kinder nach besonderen Gesichtspunkten zu erziehen. (Zuruf Arczynski: Dann sollen sie auch dafür bezahlen!)

Stadtv. Nahn (2.) weist darauf hin, daß in der Danziger Verfassung die öffentliche Simultanschule festgelegt ist. Konfessionsschulen sind zugelassen. (Zuruf Dr. Herrmann: Lieber! Am besten ist es, sämtliche Schulen in städtische Regie überzuführen. Die kommunalistische Fraktion werde sich der Stimme enthalten.) Redner beschließt sich dann mit der Majorität auf dem Vangemarkt und vertritt die Ansicht, daß diese ohne rechtliche Grundlage geschehen ist.

Die angeforderten 850 000 Mark wurden gegen die Stimmen der U.S.P. und Kommunisten bewilligt.

#### 15 Millionen Mark für Kartoffelbeschaffung.

Der Senat hatte eine dringliche Vorlage zur Berechtigung von 15 Millionen Mark zum Ankauf von Kartoffeln gemacht. Die Dringlichkeit wurde anerkannt, worauf Stadtv. Dr. Herrmann (2. P.) den Antrag stellte, die Vorlage in geheimer Sitzung zu beraten. Stadtv. Nahn (2.) verlangt die Verhandlung der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung. Stadtv. Braun (3.) schließt sich ihm an.

Stadtv. Gen. Arczynski tritt für die öffentliche Verhandlung ein, da der Senat diese in seiner Vorlage nicht vorgesehen habe. Anscheinend befürchte man eine gerechte Kritik des Senats.

Senator Jansson hält die geheime Beratung für notwendig im Interesse der Preisbildung für Kartoffeln.

#### Unterbrechung der öffentlichen Sitzung.

Die öffentliche Sitzung wird hierauf unterbrochen und in geheimer Sitzung über den Antrag Herrmann abgestimmt. Es wurde beschlossen öffentlich zu verhandeln, worauf die Öffentlichkeit wieder hergestellt wird.

Sen. Jansson erklärte in der Begründung der Vorlage, daß zwar für 850 000 Zentner Kartoffeln polnische Ausschreibung in den Händen der Händler und Privatpersonen sind; bis jetzt sind jedoch nur geringe Zufuhren erfolgt. Das Wirtschaftsamte habe den Kartoffelhändlern nahe gelegt, große Mengen Kartoffeln für die Frostzeit einzufahren. Die Händler haben abgelehnt, weil sie durch Preisschwankungen Verluste befürchten. Das Wirtschaftsamte ist deshalb an die Landwirtschaftliche Großhandels-Gesellschaft (Meißel) und andere Firmen herangetreten. Die Stadt will das Risiko übernehmen. Es ist beabsichtigt 100 000 Zentner Kartoffeln einzufahren.

Stadtv. v. Budzinski (Vole) ist der Ansicht, daß die Maßnahmen des Senats zu spät kommen, weil jeden Augenblick Frost eintreten kann. Der Senat habe versäumt, die Kartoffeln rechtzeitig zu beschaffen.

Senator Jansson wies den Vorwurf zurück. Sobald der Senat die Ausschreibung erhalten habe, sei er mit den Händlern in Verbindung getreten und habe sofort eine Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung gemacht. Die Schuld an den Schwierigkeiten treffe Polen, das die Auslieferung der Scheine solange hinauszögert habe.

Stadtv. Nahn (2.) weist darauf hin, daß die gleichen Personen, die im vergangenen Jahre den freien Handel forderten, nun 15 Millionen Mark Garantiefonds verlangen, um vor Verlusten bewahrt zu bleiben. Eine Beschlagnahme der Freistaatkartoffeln würde genügend Kartoffeln für Danzig bringen. Die Freistaatkartoffelernte habe 8 Millionen Zentner betragen. Bei den Gütsbesitzern D. Purenfen-Liska und Gröddel lagerten insgesamt noch 100 000 Zentner Kartoffeln. Diese solle man beschlagnehmen und gegen Höchst-

preis an die minderbemittelte Bevölkerung abgeben. Die kommunistische Fraktion werde gegen die Vorlage stimmen.

Stadtv. Fran Richter (2. P.) bringt, daß es nationale Aufgabe der Landwirte sei, alles heranzubringen, was möglich ist. Redner glaubt nicht, daß im Freistaat genügend Kartoffeln vorhanden sind. Um die Bevölkerung vor Hunger zu schützen, müßten Kartoffeln aus Pommerellen verschafft werden.

Stadtv. Nahn (2. P.) war mit der Vorlage nicht einverstanden, weil sie neue Steuergaben für die Großgrundbesitzer bringe. Von den bewilligten 15 Millionen gehen höchstens 10 Millionen für die Stadt verloren. Der Vertrag mit Meißel könne nicht befristet werden, weil er der Gesellschaft jedes Risiko abnehme. Da der freie Handel verlag habe, müsse man zur Zwangsversteigerung zurückkehren. Man solle die Freistaatkartoffeln erfassen, dann brauche man das deutsche Geld nicht an das Ausland zu zahlen. Zu Erfassung der Kartoffeln im Freistaat möge man die Vertreter der Arbeiterschaft heranziehen.

Senator Jansson bedauert, daß diese Ausführungen nicht in den Ausschussverhandlungen gemacht worden sind und bezweifelt, daß im Freistaat genügend Kartoffeln vorhanden sind. Es ist Pflicht der Kommune, sich für die Freiheit der Kartoffeln einzusetzen. Man möge die Summe zum Ankauf der Kartoffeln bewilligen und die Befreiung des Verkaufspreises dem Ausschuss überlassen. In Danzig sind 50 000 Familien, von denen sich nur wenige mit Kartoffeln eindecken können.

Stadtv. v. Budzinski (Vole) weist darauf hin, daß schon vor einiger Zeit eine Beschlagnahme der Kartoffeln gewünscht wurde, die jedoch nicht erfolgt ist. Wenn das Wirtschaftsamte selbst die Kartoffeln durch Kommissionäre aufkaufe, würden die Kartoffeln nicht billiger sein, als bei Durchführung des Senatsvorschlages.

Stadtv. Gen. Grünhagen: Schon in voriger Sitzung wurde darauf hingewiesen, daß die Freistaatkartoffeln ungenügend verbraucht sind. Da der Senat bis jetzt nicht zur Beschlagnahme geschritten ist, sind die Vorwürfe gegen ihn berechtigt. Der Senat hätte sich über die vorhandenen Bestände unterrichten müssen. Im Volkstage sind Zahlen angegeben worden, die beweisen, daß noch große Mengen Kartoffeln im Freistaat vorhanden sind. Jetzt erscheint eine Beschlagnahme zu spät. Die Stadtverwaltung hätte die Schwierigkeiten vorantreiben müssen und rechtzeitig andere Wege einschlagen müssen. Die sozialdemokratische Fraktion steht der Vorlage nicht sympathisch gegenüber, wird jedoch die 15 Millionen Mark bewilligen, um die Bevölkerung vor Hunger zu bewahren. Bei rechtzeitiger Erfassung der Freistaatkartoffeln wäre die Vorlage nicht nötig. Es besteht die Gefahr, daß Meißel auch Freistaatkartoffeln aufkauft und als polnische Kartoffeln teurer verkauft. Redner wendet sich dann gegen den Vertrag, der der Gesellschaft ohne Risiko große Gewinne bringt. Die

#### Kartoffeln müssen verbilligt werden.

da kein Arbeiter einen Preis von 200 bis 250 Mark pro Zentner bezahlen kann.

Senator Jansson antwortet, daß vielleicht einzelne Güter noch Kartoffeln habe, der größte Teil sei jedoch schon abgeliefert.

Stadtv. Schmidt (2.) fragt an, wie sich der Senat die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Brennmaterial und Kartoffeln denkt? Redner weist auf die Gevierte D h r a hin, wo eine sozialistische Arbeiterversicherung für die notleidende Bevölkerung gesorgt hat.

Von den Kommunisten geht ein Antrag ein, durch den der Senat ersucht wird, dem Volkstag ein Gesetz vorzulegen, in dem rechtliche Beschlagnahme der Kartoffeln und Nationalisierung zur Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung zu Höchstpreisen verlangt wird.

## Das Fährlein der sieben Aufrechten.

Erzählung von Gottfried Keller.

(Fortsetzung.)

Ein frühliches Gelächter behobte diesen Gedankengang: der Silber- und der Eisenmeister lächelten lächelnd und läuerlich, doch alsbald erhob Pfister, der Wirt, seine starke Stimme und sprach mit seiner gewohnten Offenheit: „Wenn es gilt ihr Herren, daß jeder sein eigenes Korn zu Markte bringt, so wähle ich denn etwas Besseres als alles bisher Angebrachte! Im Keller liegt mir wohlversundet ein Faß vierunddreißiger Rotwein, sogenanntes Schweizerblut, das ich vor mehr als zwölf Jahren selbst in Basel gekauft habe. Bei eurer Mäßigkeit und Bescheidenheit wagte ich noch nie, den Wein anzustechen, und doch liegt er mir im Zins um die zweihundert Franken. Ich gebe euch den Wein zum Ankaufspreis, das Fährlein werde ich so billig als möglich anschlagen, froh, wenn ich nur Platz gewinne für verlässlichere Ware, und ich will nicht mehr von hinnen kommen, wenn wir nicht Ehre einlegen mit der Gabe!“

Diese Rede, während welcher die drei früheren Antragsteller bereits gemurrt hatten, war nicht sobald beendet, als Erdmann, der andere Wirt, das Wort ergriff und sagte: „Wenn es so geht, so will ich auch nicht dahinten bleiben und erkläre, daß ich das Beste zu haben glaube für unsere Abnehmer, und das wäre meine junge Milchkuh von reiner Oberländerrasse, die mir gerade sell ist, wenn ich einen anständigen Käufer finde. Bindet dem Prachtstier eine Glocke um den Hals, einen Melkstuhl zwischen die Ohren, pußt es mit Blumen auf —“

„Und stellt es unter eine Glasglocke in den Gabentempel!“ unterbrach ihn der gereizte Pfister, und damit plakte eines jener Gewitter los, welche die Sitzungen der sieben Festen zuweilen stürmisch machten, aber nur um desto hellerem Sonnenschein zu rufen. Alle sprachen zugleich, verteidigten ihre Vorschläge, griffen diejenigen der anderen an und warfen sich eigennützig gegenseitig vor. Denn sie sagten stets rund heraus, was sie dachten, und bewältigten die Dinge mit offener Wahrheit und nicht durch hinterhältiges Vermischen, wie es eine Art unechter Bildung tut.

Als nun ein Heidenlärm entstanden war, klangelte Hediger fröhlich mit dem Glase und redete mit erhobener Stimme: „Ihr Mannen! Erhört euch nicht, sondern laßt und ruhig zum Ziele gelangen! Es sind also vorgeschlagen ein Fokal, ein Pfing, ein aufgerichtetes Dimmelheit, ein Faß Wein und eine Kuh! Es sei mir vergönnt, eure Anträge näher zu betrachten. Deinen alten Badenhitler, den Fokal, lieber Nuchel, kenn ich wohl, er steht schon seit vielen Jahren hinter deinem Scheukerker, ich glaube sogar, er ist einst dein Meisterstück gewesen. Dennoch erlaubt seine veraltete Form nicht, daß wir ihn wählen und für ein neues Stück ausgeben. Dein Pfing, Chüeri Enrija, scheint doch nicht ganz zweckmäßig erfinden zu sein, sonst hättest du ihn seit drei Jahren gewiß verkauft; wir müssen aber darauf denken, daß der Gewinn unserer Gabe auch eine unverstekte Freude an derselben haben kann. Dein Dimmelheit dagegen, Nuchel, ist ein neuer und gewiß ergötzlicher Einfall, und sicher würde er zu den volkstümlichsten Redensarten Veranlassung geben. Allein zu seiner schicklichen Ausführung wäre eine Andäuerung in seinem und hürschendem Betragen erforderlich, und das überflüssige die festgesetzte Summe zu stark für nur sieben Köpfe. Dein Schweizerblut, Herr Pfister, ist gut, und es wird noch besser sein, wenn du einen billigeren Preis ansetzen und das Faß endlich für uns selber aufstichst, auf daß wir es an unsere Ehrentagen trinken! Deiner Kuh endlich, Dells Erdmann, ist nicht nachzulagen, als daß sie beim Melken regelmäßig den Kübel umschlägt. Darum willst du sie verkaufen; denn allerdings ist diese Untugend nicht erfreulich. Aber wie? Wäre es recht, wenn nun ein krauses Bärenlein das Tier gemäue, es voll Fremden seiner Frau heimbrächte, die es mit Freude melken würde und dann die süße schäumende Milch auf den Boden gegossen sähe? Stelle dir doch den Verdruß, den Unwillen und die Täuschung der guten Frau vor und die Verlegenheit des guten Schützen, nachdem der Spektakel sich wohl- oder dreimal wiederholt! Ja, Neben Freund! nehmt es mir nicht übel! aber gesagt muß es sein: alle unsere Vorschläge haben den gemeinsten Fehler, daß sie die Ehrentage des Vaterlandes unbedacht und vornehm zum Gegenstand des Gewinnens und der Berechnung gemacht haben. Mag dies tausendfältig geschehen vor groß und klein, wir in

unserem Kreise haben es bis jetzt nicht getan und wollen es ferner so halten! Also trage jeder gleichmäßig die Kosten der Gabe ohne allen Nebenwed, damit es eine wirkliche Ehrentage sei!“

Die fünf Gemeindefürsten, welche besaßen die Köpfe hängen liehen, riefen jetzt einmütig: „Gut gesprochen! Der Chapper hat gut gesprochen!“ und sie forderten ihn auf, selbst einen Vorschlag zu tun. Aber Erdmann ergriff das Wort und sagte: „In einer Ehrentage scheint sich mir ein silbernes Becher immer noch am besten zu eignen. Er besitzt seinen gleichen Wert, wird nicht verbrannt und bleibt ein lobnes Erinnerungszeichen an froh Tage und an wehrbare Männer des Hauses. Ein Haus, in welchem ein Becher aufbewahrt wird, kann nie ganz verfallen, und wer vermag zu sagen, ob nicht um eines solchen Denkmals willen noch manches mit erhalten bleibt? Und wird nicht der Kunst-Gelegenheit gegeben, durch stets neue und schöne Formen Mannigfaltigkeit in die Menge der Gefäße zu bringen und so sich in der Erfindung zu üben und einen Strahl der Schönheit in das entlegene Tal zu tragen, so daß sich nach und nach ein mächtiger Schatz edler Ehrentage im Vaterlande anhäuft, edel an Gestalt und im Metall! Und wie guttrefend, daß dieser Schatz, über das ganze Land verbreitet, nicht zum gemeinen Mißbrauch des täglichen Lebens verwendet werden kann, sondern in seinem reinen Glanze, in seinen geläuterten Formen fort und fort das Höhere vor Augen stellt, den Gedanken des Ganzen und die Sonne der ideal verlebten Tage festzuhalten scheint! Fort daher mit dem Jahrmarktstobel der sich in unsern Gabentempeln anzuhäufen beginnt, ein Haas der Motten und des gemeinsten Gebrauchs! Und festgehalten am alten ehrentagen Trinktisch! Maßvollig, wenn ich in der Zeit lebe, wo die schwererlichen Dinge ein ihrem Ende nahen, so wähle ich mir kein erschöpfendes Schlußwort auszubringen, als die Geschirre aller Ehrentagen, Vereine und Einzelbürger, von aller Gestalt und Art, zu Tausenden und Abertausenden zusammenzutragen in all ihrem Glanz der verschwundenen Tage, mit all ihrer Erinnerung, und den letzten Trunk zu tun dem sich neigenden Vaterland —“

(Fortsetzung folgt.)

Stadt, Casfel (Dt. V.) trat für die Vorlage des Senats etc. Die Stadt müsse alles tun, um Kartoffeln herein zu bekommen. Bei dem Vertrag mit Reiffelsen sei die Stadt vorübergehend gelöst.

Stadt, Nahn (A.) regt an, der Senat möge sämtliche Kartoffelbesitzer beschlagen und die Konturen der einzelnen Händler wahrnehmen, dann würden genügend Kartoffeln nach Danzig kommen. Hedner richtet dann heftige Angriffe gegen die Regierung.

Von der Zentrumspartei wurde folgender Antrag eingebracht:

Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, mit Rücksicht auf die schwierigen Ernährungsverhältnisse die Kartoffeln zu beschlagen und der Bevölkerung auszuführen, unabhängig von der Versorgung mit Kartoffeln aus Vommereßen.

Stadt, Schiemann (Dt. V.) erklärte, daß die Landwirtschaft ihre Pflicht nicht erfüllt hat. Zwei Drittel des Heubrotts hätte die Landwirtschaft decken können. Die Arbeiterfrage werde Berücksichtigung finden, wenn die Beschlagnahme nicht erfolgt. Dadurch daß man Kartoffeln die Kartoffelbeschlagung überlassen habe, habe man den Hoch zum Vortritt gewährt, denn Kartoffeln in die Verteilung der Landwirtschaft. Die Deutsche Partei werde der Vorlage zustimmen.

Stadt, Hennzen (Danzig) betont, daß Polen bemüht die Kartoffelversorgung Danzigs erschwert hat, um einen Druck auf den Senat auszuüben. Die Vorwürfe gegen den Senat seien nicht berechtigt, weil dieser schon im März mit Polen wegen Lieferung von Kartoffeln verhandelt habe. Hedner vertritt die Ansicht, es müßte Polen mitschuldig sein, Danzig mit billigeren Kartoffeln zu versorgen. Der Hdg. Reich habe versucht, aus Deutschland Kartoffeln zu beschlagen. Leider sei das von der deutschen Regierung abgelehnt worden. Man müsse jetzt Opfer für die milderbemittelte Bevölkerung bringen.

Stadt, Nahn (A.) stellt fest, daß selbst Mitglieder der Hochpartei gegen die Politik des deutschnationalen Senats auftritten. Hedner weist dann noch darauf hin, daß die Deutschnationalen die Mehrheit im Senat haben, da 7 nebenamtliche und 8 hauptamtliche Senatoren deutschnational sind. Da die Mehrzahl nur 23 beträgt, verfahren sie im Senat über die Mehrheit.

Nach kurzen Ausführungen der Stadt, Eudziński (Pole) und Krumm (Danzig) ist die Debatte zu Ende.

Die Vorlage des Senats wurde gegen die Stimmen der H.P. und Kommunisten angenommen. Bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Kommunisten ergab sich Stimmengleichheit. Geschäftsordnungsmäßig gab die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Da dieser dagegen stimmte, fiel der Antrag. Der Zentrumsantrag wurde einstimmig angenommen.

Wegen der verkürzten Zeit wurde der Rest der Tagesordnung um 8 Uhr vertagt.

# Danziger Nachrichten.

## Komm zu uns!

Komm zur alten Kampfpartei,  
Zu uns Wehrheitssozialisten!  
Heil kommt nicht durch U. S. P.  
Und auch nicht durch Kommunisten.  
Komm zu uns, zur U. S. P.  
Nicht ein rechter Freiheitskämpfer!  
Heißes Schwärzertum entpuppt  
Sich doch nur als — Führerleiter...  
Komm zur alten Kampfpartei,  
Nicht mit ihr dich ganz verwoben!  
Komm zu uns! Bei uns bist du  
Doch am besten aufgehoben.  
Komm zu uns! Du fühlst dich wohl;  
Hilf den Freunden, Brüdern, Schweftern.  
Bei von dem uns Kampfgesinn,  
Mach du uns auch Feind noch gekern.  
Streite mit in unsern Reihen,  
Komm und stütz die Siegesbahnen...  
Schweren Kampf der Reaktion,  
Die zu keiner Zeit wir schenken.  
Komm zur alten Kampfpartei,  
Zu bewährten, ewig jungen!  
Die der Freiheit Gassen schau,  
Trotzprühen und unbezungen...  
Bernhard Wilhelm.

## Zeitschriftenchau.

„Die Arie“. IV, 6, 7. (Verlag Fr. W. Brunow, Leipzig). Streng literarisch-künstlerische Stellung und Schöpfung sind auch die Kennmale dieser beiden Verhältnisse von Dr. Eilers „Arie“. Durch beide läuft eine sehr beachtliche Arbeit über „Arie von Kurub“ von Heinz Denter; das Zeitliche bringt auch noch sprachlich ausgeglichene Prosa von Maria v. Sacher-Masoch und Georg Brilling, sowie die Parodie von Rud. Wolff, Kurt Lewerk und Hans H. Madol. Das Übersetzerbuch führt Max Brod mit einer Anlage an das kulturelle Deutschland wegen seiner Tatkraft für den Tübinger Adolf Schreiber, den wirtschaftlichen Freund in den Freitod treib. Henri Barbusse, von dem aus „Rückblicke“ aus der Feder H. A. Angermayer vorliegen, wird von diesem in einem Aufsatz gewürdigt. Welche Stelle bringen im Anhang eine Bücherchau aus der Herausgeber zuverlässiger Feder.  
„Deutsche Monatshefte“, 11, 7. Wilm Drosch, ein Sohn unserer Stadt, leitet das Heft mit einer tiefgründigen Studie über Herder und den norddeutschen Geist, die schwerer wiegt als alles, was das Heft sonst an durchaus wertvollem und Lesenswertem enthält. Obwohl Carl Meißner in seiner Rezension für den deutschvölkischen Zeichner und Maler liebenswürdiger Portraits Otto v. Kurler weit über das Ziel hinausschießt, und es recht zweifelhaft erscheint, ob solche Anmerkungen aus Blättern in unsere vornehme Literaturzeitung hineingehören; auch dürfte selbst in den kühnen Phantasien das Bild Christi schwerlich solche seltsamen Details aufweisen wie das Bild „Ein Feuer auf Erden“, das mehr als einbeutig die Jüge Alfred Kerr trägt. Dem Schluß eines Lebens, des leidlich viel zu wenig bekannten und ebenso jungen wie literarischen Gerhard Seelig, spricht Prof. Burg-Schaumburg das Wortrecht

## Abgebildet.

Zum Sonntag, den 6. November hatte ein Herr Meyer aus Magdeburg, erster Vorsitzender des gelben Deutschen Kreditorenverbandes, aus Veranlassung einer Ortsgruppe Danzig eingeladen. In einer Vorbesprechung, die vor 14 Tagen war, hatten sich fünf Gelehrte eingefunden. Die damals auch anwesenden fünf Gelehrten des Zentralverbandes zitierten von der Gründung der gelben Vereinigung dringend ab. Die H. — H. Meißner, die Herr Meyer für die Hilfe nach Danzig brauche, hätte er sich sparen können. Die Herren aus Magdeburg glaubten hier leichtes Spiel zu haben, und ließen sich nun so bitter geküßelt. Herr Meyer will dann auch in 3-4 Wochen sein Bild noch einmal versuchen. Wir wollen ihm doch den guten Rat geben, hübsch zu Hause zu bleiben.

Zwei Mann hatten sich außer einigen Kollegen des Zentralverbandes zu der Versammlung am Sonntag eingefunden und von 11 bis 1 Uhr sah man und horchte der kommenden Dinge. Herr Meyer mußte nicht zu sagen, und zog betrübt heim, um nun Königsberg unsicher zu machen.

Sollte hinter dieser ganzen Affäre nicht auch die Danziger Kreditoren stehen? Sie hat ja so oft gesagt, wenn die Kreditorengehilfen im Magdeburger Verband sein würden, sollten sie alles haben.

Doch wir wollen weiter nichts als unter gutes Recht, und wenn heute noch Kreditorengehilfen mit Köhnen, die sich um 1000 — 1500 M. und weniger bewegen, auskommen müssen, dann kann man es keinem Übel nehmen, wenn die Bestimmung der Kollegen eine andere wird, als die Herren der Innung es wünschen.

Eine namenlose Anzeige. Vor der Strafkammer hatten sich ein Lehrer und dessen Tochter aus Güterberge wegen wissenschaftlicher Anschulung und verleumdung der Beleidigung zu verantworten. Der Kreisinspektor erhielt eine namenlose Anzeige gegen einen anderen Lehrer des Ortes, die tatsächlich unbegründet war. Die Nachforschungen nach dem Verfasser lenkten den Verdacht auf den Angeklagten. Geschrieben war die Anzeige mit einer Schreibmaschine. Zwei Schriftschaffverständige sollten nun ihr Gutachten darüber abgeben, ob die Angeklagten, insbesondere die Tochter, die Schreiberin gewesen ist. Die Angeklagten bestreiten auf das entschiedenste, mit dem Schreiben etwas zu tun gehabt zu haben. Man will sich wohl mit anderen Personen über die Gerüchte unterhalten, den Brief aber nicht geschrieben haben. Der Sachverständige Dr. Langenbrun-Verlin fand eine Ähnlichkeit zwischen der Probenschrift der Tochter und den Schriftzügen der Adresse. Der zweite Sachverständige Topolowski-Danzig gab sein Gutachten dahin ab, daß die Tochter die Schreiberin nicht sei. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

## Vorschläge auf dem Gebiete des Schulwesens.

Man schreibt uns aus Lebrerkreisen:  
In den Einrichtungen einer früheren Zeit, die einer Reform bedürftig, gehört mit in erster Linie die Schuldeputation. Vor mehr als 100 Jahren wurde diese Verwaltungsbehörde geschaffen mit der Aufgabe, die äußeren Sorgen der Volksschule zu übernehmen. In Danzig waren der Schuldeputation von der Regierung auch Aufgaben innerer Art übertragen, die gewöhnlich der Regierung vorbehalten waren. Zur Schuldeputation gehören der Ober- bezw. Bürgermeister als Vorsitzender, der Stadtschulrat, die Stadtinspektoren als beratende Mitglieder, ein Arzt, ein Jurist, der Direktor eines Gymnasiums, ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher und endlich auch ein Volksschulmann. Wenn man sich diese Herren ansieht, so fällt es auf, daß so mancher unter ihnen ist, der mit der Volksschule wenig oder gar nichts zu tun hat, wenig oder gar nichts von ihr versteht, ja die Volksschule nicht mal kennt. Woher soll denn aber das Verständnis und Interesse für sie kommen? Da hätte man meinen sollen, daß man wenigstens die Volksschulmänner in größerer Zahl in diese Behörde berufen hätte. Aber nein! Das früher ein Volksschulmann, ein alter, erfahrener Herr, dessen Rat und Sachkenntnis besonders von dem verstorbenen Stadtschulrat geschätzt und begehrt wurden, der Schuldeputation angehört, so hat man in neuerer Zeit auf einen solchen Rat, auf ein solches Urteil verzichten zu können geglaubt. Ein Erfolg für ihn ist nach seinem Ausscheiden aus dem Amte nicht erfolgt. Mit einer Einrichtung dieser Art ist aber der Volksschule nicht gedient. Darum ist eine Um-

und Ausgestaltung der Schuldeputation notwendig. Wie sollte diese zu geschehen? Daß die Vertreter des Magistrats und der Schulbehörde ihr angehören, ist selbstverständlich. Auch die Mitwirkung des Rates ist notwendig. Wenn nun aber Vertreter der Bürgerchaft in die Schuldeputation hineingekommen, dann sollte man bei der Wahl derselben zunächst auf Kenntnis der Volksschule, ihrer Bedürfnisse und Notwendigkeiten sehen. Neben dem Direktor des Gymnasiums, der Erfahrung in den Fragen, welche die höheren Schulen betreffen, leisten kann, müßten noch weitere Kräfte herangezogen werden, Kräfte, die auf dem Gebiete der Volks- und Mittelschule als Praktiker angesehen werden dürfen. Das es auch in Danzig Herren, welche Volks- und Mittelschule besucht, an ihnen gewirkt und sich dann dem höheren Studium gewidmet haben. Solche Kräfte, die mit allen Zweigen des Schulwesens vertraut sind, sind gerade am dringendsten zu wünschen. Neben dem einen Volksschulrektor, noch weitere Volksschulleute in die Schuldeputation hinein, aber solche, die sich im reifen Lebensalter befinden und daher über Erfahrung, Ueberlicht und geübten Urteils verfügen. Endlich gehören in diese Behörde Väter und Mütter hinein, aber solche, die auch Kinder in die Volks- und Mittelschule schicken und daher Interesse für diese Schule haben und nicht nur auf die Eren setzen, einer solchen Organisation anzugehören, ohne ihr Vorgesetzter für die Sache einzusetzen. Für die Verhandlungen in der Schuldeputation wünschen wir größere Weidengeit und größere Eingabe, wie es früher der Fall gewesen ist. Es darf nicht vorkommen, daß sich ein Mitglied recht häufig telephonisch abrufen läßt. Es darf nicht vorkommen, daß wichtige Vorlagen erledigt werden, die nicht gründlich vorbereitet und erwogen sind, daß wichtige Vorlagen ohne Vorbereitung finden, während die Mitglieder im Begriffe sind, nach Hause zu gehen.

Die neue Zeit betont immer den Grundsatz „Recht dem Rechtlichen“. Die Schulbehörde hat zu Ostern d. J. versucht, in die Volksschule und Mittelschulen der Mittelschule einzuführen. Sie veranlaßte eine Umfrage an die Schulen und verlangte eine Auslese geeigneter Kinder. Das Ergebnis war kein zufriedenstellendes. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich über diese Tatsache unterhalten. Es müßten für dieses Resultat verschiedene Gründe in Betracht kommen. Es muß aber betont werden, daß das Vorgehen der Schulverwaltung, wie oft in letzter Zeit, ein wenig geschicktes und sachgemäßes gewesen ist. Solche Erhebungen dürfen nicht kurz vor oder gar in den Osterferien veranstaltet werden. Im Herbst ist es an der Zeit, die Auswahl der Kinder ins Auge zu fassen. Dann aber sind die Eltern in geeigneter Weise zu belehren, welchen Nutzen die Kinder von einer weiteren unterrichtlichen Förderung überhaupt haben, wie die Kinder Nutzen von einer solchen haben, wenn sie sich einem Handwerke oder dem kaufmännischen Verne zuwenden, wie sich die Durchführung der Sache ohne wesentliche Ausgaben der Eltern gestaltet, wie die Stadtverwaltung die Kinder finanziell fördert und dergl. Zuletzt ist auch die Lehrerschaft dafür zu gewinnen, die tüchtigen Kinder auszuwählen und der Mittelschule zuzuführen, auch wenn dadurch die besseren Kinder der eigenen Klasse entzogen werden. Schließlich muß doch die Förderung der Kinder die Hauptsache sein!

Das Schulwesen des früheren Regierungsbereiches Danzig wurde von zwei Regierungspräsidenten verwaltet. Dem Arbeitsbereich dieser Herren unterstanden zwölf Kreise, jeder hatte also sechs Kreise unter sich. Der kleine Staat Danzig umfaßt etwa vier der früheren Kreise. Diese hat bisher ein Regierungspräsident verwaltet. Nun soll noch ein Regierungspräsident hinzukommen. Wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten gehaltliche Forderungen an den Senat stellen, dann ist derselbe für diese schwer zu haben. Der Hinweis auf die unglückliche Finanzlage des Staates muß dann die Unmöglichkeit der Erhöhung und die Notwendigkeit einer sparsamen Wirtschaft erhärten. Für die Einrichtung einer zweiten Regierungspräsidialstelle ist aber das nötige Geld da! Kann der Freistaat sich diese Ausgabe erlauben? Ist die Einrichtung einer zweiten Stelle vor allem durchaus notwendig? Kann der eine Herr diese Aufgabe in dem doch recht kleinen Bezirk nicht allein erledigen, da er doch nur für die Volks- und Mittelschulen zu sorgen hat? Seine Aufgaben waren früher doch wesentlich umfangreicher. Auch erforderte die Ausdehnung seines früheren Bezirkes für Reisen usw. viel Zeit. Diese Umstände kommen doch heute nicht mehr in Betracht. In den Preußen wird ein derartiger kleiner Bezirk von zwei Regierungspräsidenten verwaltet? Darum ist hier der rechte Ort für wohlangebrachte Sparsamkeit! Anders hört man, daß neben dem Senator, der zugleich Stadtschulrat ist, ein zweiter Stadtschulrat angestellt werden soll. Auch dieses wäre bei der Finanzlage der Stadt nicht zu verstehen, zumal genügend Kräfte zur Erledigung der Arbeiten vorhanden sind; es ist nur eine angemessene Verteilung und ein stilles Ausarbeiten der Eingänge notwendig.

frage“, Prof. Dr. Valentin „Vorkläufer von Schöen“, Dr. R. Juliusberger „Wirt im Straßrecht“, Alfred Felisch „Schmacks Blumen“, H. F. Cohn, „Aussichten des Dramas“ u. a.

Der mutige heimliche Schriftsteller Ernst Gwert hat sich trotz Miß und Galle, Klammern und Kadi nicht abhalten lassen, ein neues Heft der „Danziger Wochenschrift“ (Heft IV) herauszugeben. Was er von sich und seinem intimsten Feinde Bräutigam zu sagen hat, interessiert kaum die breite Masse, den faßschlagenden General Hoffmann scheint er mit reichlich mildem Auge zu sehen, sowie den zweifelslos verdienstvollen Gardon mit zu lebend verklärtem; auch die „Eipo“ sollte er ruhig weiter Musik machen und den sehr fruchtbaren Schriftsteller Brausewetter weiter schreiben lassen, weil jene keinen wehe tun und dieser von vielen, meist älteren Damen gerne gelesen wird. Aber daneben gibt Gwert doch wieder eine Reihe fein geheimer Schlaglichter: Zur Danziger Volkenträgerfrage, über den H. Hindenburg, über den schamlos gemeinlichen Grabberger, den schillernden Schupo-Tamiam; köstlich ist zu lesen, was er zur bösen Schulmeisteret sagt („Pädagogen“, „Der Schuldirektor“), über einen gewissen „Herrn Major“, eine dithyrambische Grabrede und die notleidenden Studenten. Nein, man sollte diesen Mann, dessen Absichten ehrlich und redlich sind, bei aller Gaudengelei und trotz manchen Fehllebens und Superlativismus nicht so mir nichts dir nichts ungehört bei Seite stellen. Man sollte ruhig lesen, was er sagt, (er hat leider meistens etwas zu sagen), weil Kerle dieses Schlages, dieser im guten Sinne altpreussischen Rücksichtslosigkeit und schmerzhaften Offenheit heute knapp gefast sind, besonders in unserem verstopften Danzig; es könnte doch einmal der Tag kommen, da uns Fremde diese Wahrheiten sagen, und Gwert recht behält, daß seine „Danziger Wochenschrift“ das „Gewissen Danzigs“ helzen könnten. Wiltwald Omannowski.

und über die Loren: Arndt und Schentendorf ein Renner wie H.H. Koch. Endlich wieder einmal hochwertiger Sprit von Leo Sternberg enthält das Heft, aus dessen reichhaltiger Rundschau verlangt besonders H. O. Degrod's Würdigung von Wandells „George“ — Buch Beachtung wegen ihres wissenschaftlichen Ernstes und ernsthaften Tones. Das ist wohl das, was Paul Schulze-Bergshof, im ersten Teil seiner Abhandlung „Kunstkritik und Presse“, die zum Schluß etwas wie einen belustigenden Aufruf zur nationalen Begeisterung und Spießigkeit bringt, mit Recht von Journalisten als Buch- und Kunstkritiker verlangt.  
Dieser tüchtige Herr dürfte deshalb auch wenig Wohlgefallen an Siegfried Jacobsohns „Die Weltbühne“ haben (gleichnamiger Verlag, Charlottenburg), die mit zäher Unerkennung den Kampf gegen monarchistische Reaktion und bürgerliche Wandertum führt. Das letzte Heft (XVII, 44) bringt nachstehende Aufsätze, Kritiken und Glossen: „Die Oberhieschen verloren gina“, „Wirtsch. Erfüllungspolitik“ von Hans Delling, „Paris letzter Putz“ von Theobald Liger und Ernst Goltz, „Bonapart“ von Alfred Polgar, „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen“ von Siegfried Jacobsohn, „1806“ von Napoleon, „Neue Dokumente von und über Reich“ und „Jean Paul“ von Siegfried v. Wegesal. Ein frischer, fortschrittlicher Kampftone geht durch diese Zeitschrift, die kändig an Freunden gewinnt.  
Im Hause des gebildeten Proletariats dürfte kaum „Die Glocke“ Herausgeber Pazvus, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin (S.W. 68) fehlen, die eine wertvolle Wanderleiterin des Sozialismus in Deutschland ist und mit letzter Arbeit und Einfachheit im besten Sinne volkstümliche Sozialwissenschaft treibt. Aus dem vorliegenden letzten Heft (VII, 2) nenne ich nur: H. Wendel „Die Monarchie auf dem Marsch“, Hans Delbrück „Eine Antwort zur Schuld-

Heute abend

7 Uhr im Werkstättenhaus: Großer künstlerischer Festabend zur Erinnerung an die Revolution. Bekannte Gen. Dr. Jint. Genossinnen und Genossen sorgt für zahlreichen Besuch.

Ein letztes Wort an die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Danzig!

Am Sonntag, den 18. November, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, findet die Wahl des Ausschusses statt. Wählen können die Mitglieder beiderlei Geschlechts nach vollendetem 21. Lebensjahre. Jedes Mitglied muß wählen und dafür sorgen, daß die künftigen und gleichgültigen Mitglieder der Kasse ebenfalls ihr Wahlrecht ausüben. Nur die Liste V. 1 darf gewählt werden, denn nur diese Liste verbürgt den Wählern, daß die richtigen Männer in den Ausschuss einzutreten und zum Wohle der Kasse und ihrer Mitglieder dortselbst praktische Arbeit leisten. Alle in Arbeit stehenden Mitglieder, welche noch nicht im Besitze einer Wahlkarte sind, müssen sich unbedingt eine solche von der Kasse, Jovengasse 58, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, abholen. Alle unständig Beschäftigten, alle freiwilligen Mitglieder der Kasse und alle Arbeitslosen, soweit sie vom Senat bei der Kasse versichert sind, haben ebenfalls das Wahlrecht. Weil ihnen aber keine Wahlkarte von der Kasse ausgestellt werden kann, müssen auch diese zur Kasse gehen und sich eine solche von dort abholen. Ohne Wahlkarte kann niemand wählen. Aus den Wahlkarten ist ersichtlich, wo jeder Wähler wählen kann. Die Wahllokale befinden sich durchweg am Sitze des Arbeitgebers resp. in dessen Wohnbezirk.

Arbeiter! Angestellte! Arbeiterinnen! Schenkt die kleine Mühe der Stimmabgabe nicht; denn viel steht auf dem Spiele. Die Liste V. 1 muß am Sonntag den Sieg davon tragen. Auf zur Wahl! Allgem. Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig. (Freie Gewerkschaften.) J. N.: P. Kłobowicki.

Ein Ausschrei aus tiefster Not

acht durch einen an uns gerichteten Brief eines künftigen Arbeitlosen. Er schreibt: Ich habe 6 Kinder und erhalte wöchentlich 170 Mk. Davon kann ich wirklich nicht bestehen, denn die Lebensmittel muß ich hier auf dem Lande noch teurer bezahlen als in der Stadt. Meine Familie braucht pro Woche: 1 Zentner Kartoffeln 60 Mk., 8 Brote 68 Mk., 1 Pfd. Butter 18 Mk., Kaffeebohnen 4 Mk., Streichhölzer 1 Mk., Salz 1 Mk., Serring 12 Mk., Licht 8 Mk., Brennung 8 Mk., Pfeffer 8 Mk., Gemüse 1 Mk., Zwiebeln 2 Mk., Essig 2 Mk., Wehl 8 Mk., Mele 5 Mk., Lebensversicherung 10 Mk., Seife 5 Mk., Soda 2 Mk., Suder 5,50 Mk. Zusammen 322,50 Mk. Ich habe nur das Allernotwendigste gerechnet, was ich für meine achtköpfige Familie gebrauche. Wo bleibt aber die Ausgabe für Kleidung und alles übrige. 170 Mk. erhalte ich nur und darum ist es zu verzweifeln, wenn ich in Schulden geraten. Der Briefschreiber bittet für die Erwerbslosenunterstützung die einheitliche Ortsklasse II einzuführen.

Neue Lohnvereinbarung für das Baugewerbe im Großen Werder. Bei den gestern in Neuteich stattgefundenen Verhandlungen für das Baugewerbe im Großen Werder wurde unter Leitung des Vertreters des Arbeiterschutzbundes für die Freie Stadt Danzig, Wasserbauingenieur v. Brzeczinski, vereinbart, daß auf die bestehenden Löhne vom 1. Dezember ab eine Zulage von 25 Prozent mit der Währungsreform erfolgt, daß ungerade Zahlen nach oben auf 5 Pfg. abgerundet werden. Demnach beträgt der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer 8,15 Mk., für Hilfsarbeiter 7,85 Mk., für Mühlenarbeiter 7,50 Mark. In den nächsten Tagen werden die Versammlungen der Bauarbeiterverbände zu dieser Lohnvereinbarung Stellung nehmen.

Annahme der Lohnvereinbarung im Siedgewerbe.

In der gestern stattgefundenen Versammlung der Siedkattentour, in der der Kollege Jasinowski an Stelle des Genossen Brill, der zu Lohnverhandlungen in Neuteich war, den Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen gab, wurde die Lohnvereinbarung angenommen. Dann sprach der Genosse Haß über die Krankenkassen- und Gewerbegerichtsreform und forderte die Anwesenden auf, ihr Stimmrecht an den Wahltagen auszuüben.

Kein Metallgeld ausführen. Metallgeld darf ohne Erlaubnis nicht ausgeführt werden, weil das Metall, aus dem das Geld hergestellt ist, eine Ware darstellt. So hat das Obergericht entschieden. Vor dem Schöffengericht hatten sich wiederum ein Elektromonteur und ein Uhrmacher zu veranworten, weil sie deutsches Silbergeld im Nennwerte von 2471 Mark ausführen wollten, ohne dazu eine Ausfuhrgenehmigung zu besitzen. Der Uhrmacher hatte den Elektromonteur beauftragt das Silbergeld über Zoppot nach Berlin zu bringen und dort aus dem Metall ein silbernes Bestek herstellen zu lassen. Die Danziger Zollbeamten ließen den Elektromonteur aber an. Die Strafe lautete für jeden der Angeklagten auf 7418 Mark Geldstrafe wegen Konterschande und Einziehung des beschlagnahmten Geldes. Es wurde den Angeklagten anheimgegeben, die Begnadigung zu beantragen.

Strentt Misse auf den Bürgersteig. Die ersten Vorbereitungen des Winters sind erschienen. Schnee bedeckt die Straße. Wird schon gelunden Menschen das Gehen dadurch erschwert, so erst recht den vielen Arbeitsbeschädigten, die im Gebrauch ihrer Gliedmaßen behindert sind. Wir erinnern an die polizeilichen Vorschriften über das Bestreuen der Bürgersteige und hoffen, daß dieser Hinweis genügt, daß alle, die es angeht, ihre Pflicht erfüllen.

Aus dem Volkstag.

Der Oberstaatsanwalt beantragt die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Wehner wegen Uebertretung des § 11 des Reichsverfassungsgesetzes, begangen in einem Artikel, betitelt 'Kasseler zum Streiktag', in dem behauptet wurde, daß der Senat deutsche Sips am Generalkonferenz verwendet habe. Der Aufforderung der Presseabteilung des Senats, diese Behauptung zu widerrufen, wurde nicht stattgegeben.

Der Rechtsausschuss beschloß einstimmig, die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu geben.

Der Senat - Justizabteilung - beantragt die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten v. Wadsworth wegen Uebertretung des Diebstahlsgegesetzes. Der Abgeordnete v. Wadsworth hat am 18. Juli 1921 auf Vesterhede seinen Hund trotz der Hundsteuer ohne Leine und Maulkorb herumlaufen lassen.

Der Ausschuss lehnte den Antrag auf Strafverfolgung ab.

Der Rechtsausschuss beantragt:

Der Volkstag wolle beschließen, das Recht über beschränkte Kunst und dem Strafrecht und die Klage von Strafvermerken nicht anzunehmen, und ferner das Gesetz über die Neuregelung der im Handelsgesetz sowie in der Gewerbeordnung vorgesehene Gehaltsbegrenzen in der vom Senat vorgelegten Fassung anzunehmen.

Newyork-Danzig. Das amerikanische Schiffsbüro beabsichtigt, seine besten Schiffe auf der Linie Newyork-Plymouth-Eberbourg-Bremen-Danzig in Dienst zu stellen, um dem drohenden Wettbewerb der deutschen Schiffahrtsgesellschaften zu begegnen.

Gemeingefährliche Krankheiten sind nach Mitteilung der Gesundheitsverwaltung im Gebiet der Freien Stadt Danzig in der Woche vom 22. bis 29. Oktober 1921 nicht vorgekommen.

Die Gewerkschaftsbibliothek bleibt heute abend wegen der Revolutionsfeier geschlossen. Nächster Bücherumtausch Sonntag abend.

Jugend. Durch Jugend fährt eine Pfisterstraße, nebst Juchstein und Alsdweg. Doch davon ist jetzt bei Regenwetter nicht zu sehen. Die ganze Pfisterstraße befindet sich in einem arg verwahrlosten Zustande. Wasserläden, Dampfaben, zerfallene Zuckerrüben, Stroh und vorjähriger nicht abgefabreter Dred bedecken diesen Weg. Kinder, die auf Holzpaantinen zur Schule gehen, müssen mit nassen Strümpfen den Unterricht durchhalten; daß sie davon krank werden, ist ersichtlich. Könnte die Gemeinde, die die Dorfstraße reinigen muß, sie nicht in Ordnung halten? Eilige Arbeitslose hätten dabei Arbeit und Verdienst. Aber das kostet Geld, und Steuern mögen die Herren Besitzer nicht gerne zahlen.

Aßemart. In einem alten Handwerksburschenliede heißt es: Der Winter ist gekommen, die Meister werden stolz. So werden auch einige der Herren Landwirte stolz. Nun da der Winter vor der Tür steht, heißt es: Willst du billiger arbeiten als Tariflohn, so kannst du bleiben, und willst du es nicht, dann fliegst du raus. Das ist der Dank für das schäufeln in der Ernzeit. Für eine Feuerungsanlage sind die Herren nicht zu haben, dagegen soll der Arbeiter noch billiger arbeiten, als der Tarif besagt, der seit April d. J. besteht. Hier sieht man so recht das warme Herz dieser Herren Deutschenationalen für die Landarbeiter. Ob der Arbeiter hungert oder nicht, ist Nebensache. Darum Landarbeiter, organisiert euch im Deutschen Landarbeiter-Verband, werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, damit diesen Herren zu gebender Zeit der Standpunkt klar gemacht werden kann.

Kleine Nachrichten.

Beschmelzung der Kriegsbeschädigtenorganisationen. Am Sonntag fand in Weimar eine gemeinsame Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und des Einheitsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen zur Fortsetzung der Einigungsverhandlungen statt. In allen Fragen wurde eine restlose Uebereinstimmung erzielt. Die endgültige Verschmelzung der Organisationen wird im Januar vollzogen werden. Die neue Organisation wird eine Million Mitglieder zählen.

Ein Vorkracher in Aßu. Die Kölner Stadtverordnetenversammlung beriet über ein neues Projekt des Abgeordneten Prof. Schuhmacher für die Bebauung des Geländes vor der Brückentrampe der Kölner Säugbrücke. Geplant ist ein gewaltiger Torbau mit zwei 50 Meter hohen Seitentürmen und zwei langen Seitenflügeln. Für die beiden Hochhäuser, die 12-18 Stockwerke aufnehmen sollen, ist die statische Höhe von 40 Meter vorgesehen. Die Stadtverordneten gaben ihre grundsätzliche Zustimmung zu diesem Projekt sowie zur Vergebung des Baues in Erbpacht.

Freigewerkschaftlicher Sieg bei den Berliner Krankenkassenwahlen. Die am 20. Oktober 1921 stattgefundene Wahl zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat folgendes Resultat gezeitigt: Liste I der Freien Gewerkschaften 41.804 (58 Vertreter). Liste II der Christlich-Nationalen 4776 (8 Vertreter). Liste III der Christlich-Demokraten 854 (1 Vertreter).

Wird aus Eifersucht. In Neuteich wurde die 42 Jahre alte Händlerin Maria Richter auf ihrem Koffenplatz mit einer großen Wunde im Kopfe tot aufgefunden. Von der Mordkommission wurde festgestellt, daß anscheinend durch Beiliebe die Schädeldecke zertrümmert worden war. Als der Tat dringend verdächtig wurde ein 62 Jahre alter Arbeiter verhaftet. Anscheinend kommt Eifersucht als Motiv der Tat in Frage.

Ein amerikanischer Arbeiter. Der Sozialdemokratische Volksticker Dr. Paul Nathan, der seinen Wählerkreis von Theodor Barthel, Nathan, in seinen Wählerkreis aus der Demokratischen Partei und seinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei vollzogen. Dr. Nathan fand von allerseits auf dem linken Flügel der Bürgerlichen Demokratie. Das unklare und schwankende Verhalten der Demokratischen Partei bei der letzten Reichstagswahl hat seinen lange erzwungenen Entschluß beschleunigt.

Italiens 'Unbekannter Soldat'. Nach dem Beispiel anderer Entente-Länder bezieht Italien in diesen Tagen die Weisung des unbekanntem Soldaten. Von Aquileja wird der Sarg nach Rom übergeführt. Auf allen Stationen, die der Zug berührt, werden kurze Feiern stattfinden. Der Sarg wird in Rom in der Kirche von Santa Maria degli Angeli aufgebahrt. Am Freitag findet dann unter Teilnahme von Abordnungen des Heeres und der Marine die feierliche Beisetzung auf dem sogenannten Altar des Vaterlandes innerhalb des Victor-Emanuel-Denkmales statt.

Die unabhängige 'Chemnitzer Volkszeitung' hat am 1. November ihr Erscheinen eingestellt. Unter Chemnitzer Parteiblatt schreibt aus diesem Anlaß, daß diese Zeitung, die Liquidation der gesamten unabhängigen Bewegung in einer Arbeitergroßstadt, deren Bevölkerungszahl weit in das vierte Hunderttausend hineingeht, bedeutet.

Schweres Schiffunglück. In Sturm und Schnee treibend, kehrte gestern vor der Hafeneinfahrt von Helsingfors der Dampfer 'Gustav Kustav' aus Abo. Er hatte insgesamt 20 Personen an Bord, von denen nur zwei noch lebend an die Küste geworfen wurden. Die übrigen 18 sind ertrunken.

Unbekannte Opfer des Sturmes. Auf der Insel Bangeroog sind sieben ertrunkene unbekanntes Gesetze angetrieben und befristet worden.

Ein glücklicher Saluto-Erbe. Aus Bochum wird berichtet: Ein auf der Jagd am Schiefer-Sippe beschäftigter Schlosser erpicht aus Amerika die Mitteilung, daß ihm von dort eine Erbschaft in Höhe von 50.000 Dollars, nach dem jetzigen Kurs fünfzehn Millionen Mark, gefallen sei.

Verfammlungs-Anzeiger

Verein Arbeiterjugend Danzig. Heute abend 8 Uhr im Werkstättenhaus: Beteiligung an der Revolutionsfeier der Partei. Für Mitspieler freie Eintritt. Junggenossen, beteiligt euch zahlreich an dieser Veranstaltung.

Arbeiterpartei. Die für heute abend angelegte Parteitagung ist aus. Deutscher Metallarbeiterverband.

Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr bei Steppuhn: Außerordentliche Vertrauensmännerversammlung. Zutritt haben sämtliche Vertrauensleute mit Namen und roten Karten. Tagesordnung: Stellungnahme zur zentralen Lohnforderung der Metallindustrie. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Tonnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr bei Paul Langfuhr, Hellingenbrunner Weg 26: Mitgliederversammlung. Fortsetzung der Versammlung vom 3. 11. 21.

Staubedamt vom 9. November 1921.

Todesfälle: August Rosante, 79 J., 2 M. - Witwe Julie Müller geb. Frid, 76 J. - E. b. Arbeiter Friedrich Weh, 73 J., 1 M. - E. b. Arbeiter Otto Schildowski, 1 J., 5 M. - Metzgereiinspektor a. D. August Schütz, 79 J., 2 M. - E. b. Maschinenbauers Arthur Maczka, 4 J. - E. b. Arbeiter Paul Röntg, 4 M. - E. b. Arbeiters Albert Bohndorf, folgend.

Pollzeiberti vom 9. November 1921. Festgenommen: 21 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 2 wegen Schmuggels, 1 zur Festnahme, 1 in Pollzeiberti.

Wasserstandsberichte am 9. November 1921.

Table with 2 columns: Date (7. 11., 8. 11.) and various water level measurements (Jawohl, Warfhan, Ploch, Thorn, Jordan, Culm, Grundweg, Aurgedack, Montanverpfe, Diemel, Dill, Einlage, Schiewenhorst, Schwan D. P., Salzenberg D. P., Niebohrerbach, Anwach).

Seutiger Devisenstand in Danzig.

Table showing exchange rates for various currencies: Polnische Mark (Ausl.), Dollar, Engl. Pfund, Franz. Franks, Schwed. Franks, and their corresponding values.

Advertisement for BORG cigars, featuring the brand name in large letters, a logo of a man in a suit, and text describing the product and where to buy it.

# Sonntag, den 13. November Wahl zur Allgem. Ortskrankenkasse

von morgens 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr

Die Liste der freien Gewerkschaften ist die **Liste V I.** Niemand verabsäume, sein Wahlrecht auszuüben.

Die Kasse ist jetzt täglich bis 8 Uhr abends geöffnet, damit die unständig Beschäftigten ihren Wahlausweis in Empfang nehmen können.

## Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Mittwoch, den 8. November, abends 7 Uhr:  
Dauerkarten B 2.

### Das Nachtlager von Granada

Romanische Oper in 2 Akten von C. v. Braun.  
Musik von Conrado Kreutzer.  
Szenische Leitung: Richard Udenberg.  
Musikalische Leitung: Erich Walter.  
Inspektion: Otto Friedrich.  
Serauf: Tanzbilder.

Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2.

Erhöhte Preise. „Die Hermannschlacht.“

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2. „Ranon, die Wirtin aus goldenen Lamm.“ Operette.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. Erhöhte Preise. Einmal. Auffspiel Prof. Ferdinand Gregori, Berlin. „Nathan der Weise“ Ein dramatisches Gedicht von W. G. Goethe. Nathan: Prof. Gregori als Gast

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Achte (literarische) Morgenfeier. Prof. Gregori: „Der frühliche Goethe“.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert: „Iffland“. Puffkomödie in 3 Akten von Eugen d'Albert.

## Wilhelm-Theater

Verträgt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, den 8. November,

abends 7 1/2 Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr.

### „Die Tanzgräfin“

Operette in 3 Akten. Musik von Kob. Stolz.

Morgen, Donnerstag: Geschlossen.

Freitag, den 11. November,

abends 7 1/2 Uhr:

### „Nixchen“

Operette in 3 Akten von Osk. Straus.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freyerm. Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterbühne. 5510

### „Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

## Danziger Lehrer-Gesangverein

Chormeister: E. Schwarz. 1527

### Konzert

zum Besten der Lungenkranke in Jenkau

Freitag, den 11. November, abends 7 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus, unter Mitwirkung des Orchesters des Vereins ehemaliger Militärmusiker und des Musikdirektors F. Binder (Klavier).

Solistin **EVA BRUNN** (Sopran).

Karten zu 20, 15, 10 u. 5 M. sowie Programme bei Hermann Lau, Langgasse 71.

Flügel Gretchen-Stalway u. d. Magazin Heinrichsdorf.

## Lichtbild-Theater

III. Stamm 2. 1552

Spielplan v. 9. bis 11. November 1921

### Die goldene Kugel

Großes Kriminaldrama in 5 Akten.

Hauptrolle: Erich Kaiser-Titz.

### Die Geliebte!

Sensations-Kriminalroman in 5 Akten.

Lya Mara als Hauptdarstellerin.

### Karichen soll heiraten!

Filmposse in 2 Akten.

Für

# Stotternde!

In Danzig, Sonnabend, den 12. Nov. und Sonntag, den 13. Nov., von 10-6 Uhr im Hotel Goldener Löwe bis ich in meiner Sprechstunde bereit, für jeden Stotternden kostenlose Anweisung zu erteilen über die Beseitigung dieses Übels. Durch jahrelange Tätigkeit auf diesem Gebiete ist es mir gelungen, mit Hilfe des gesetzlich geschützten Verfahrens (D. R. P. 251.597) jedem Stotterer von seinem Übel in einigen Wochen zu befreien. Da diese Beseitigung potentiell ist, so hat ein jeder die Gewissheit, daß jegliche von Sachverständigen geprüft ist und gleichzeitig ärztlich empfohlen wird.

Eine Berufsbildung ist nicht erforderlich und bei Kindern genügt die Zustimmung der Eltern im Saufe, infolgedessen ist es die billigste Heilmethode. Dankschreiben stehen zur Verfügung. 15517

G. Thierbach, Sprach-Hygieniker

Hannover, Pfandstraße 26.



## Café und Kleinkunstbühne

Konietzko, Große Allee.

Täglich vornehmer

### Nachmittags-Tanz-Tee

### Adami-Quartett.

das beliebteste  
Solist . . . . . Herr Alfred Scholz  
Violoncellist . . . . . W. Tschestok  
Cello . . . . . Der verrückte Bubi III

außerdem:

2 Chatoirs

Albani

Lo Vasto

Eintritt freit

n. Kuchen

Bürgerliche Preise.

## Zum Jahrestag der Revolution.

Was dem einen Schmerzen macht,  
macht dem andern Freuden.  
Des Sozis großer Jubeltag  
berührt vielen Leiden;  
sie schelten während und voll Hohn  
den Tag der Revolution.

Mag brummen wer da brummen mag.  
Es droh'n uns schwere Stunden;  
der alten Feinde Niedertracht  
schlägt schmerzhaft tiefe Wunden  
auf neue uns und lähmt die Kraft.  
Trotz alledem wird's doch geschafft.

Und sinkt die Mark auch noch so sehr,  
sie wird schon wieder steigen.  
Und droht uns der Reaktionsär,  
wir werden ihm schon zeigen,  
daß er schnell jeden Putsch vergißt  
und spüret, was 'ne Harke ist.

Und haben auch verändert heut  
viel Dinge sich zum Trüben,  
eins ist zum Trost für viele Leut  
sich selber treu geblieben,  
gibt Kraft und Trost an schwerem Tag:  
das ist der Römische Schnupftabak.

Tabak-Fabrik B. Schmidt Nachfl.,  
Danzig, Rähm 16. Telef. Notamt 5527.

## Bruchleidende

Nur das ärztlich empfohlene berühmte

Spranzband (Deutsches Reichs-Patent) hält

jeden Bruch sicher zurück. Reine

Feder, kein Schenkelriemen, ohne Gummiband. An-

fertigung nach Maß. Schriftliche Garantie, daher

kein Risiko! Viele tausende Dankschreiben. Mein

Spezialist ist mit Rastern für Leisten, Hoden, Schenkel,

Nabel- und Bauchbrüche (letzte nach Blinddarm-

operationen empfehlenswert) und für jeden Bruch-

leidenden kostenlos zu sprechen: In Danzig, Sonn-

abend, den 12. Nov. und Sonntag, den 13. Nov.

von 10-6 Uhr im Hotel Goldener Löwe

Hermann Spranz, Unterkochem.

## Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß

Spezialabteilung für

Damen-Kostüme und -Mäntel

Herrn-, Knaben- und Kinder-Konfektion

Berufskleidung. (4780)

## Hausfrauen spart Gas!

Warum ärgern Sie sich über die?

schlechtestenweise Licht?

Verlieren Sie nicht die hohen Gasrechnungen!

Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher

in keinem Haushalt fehlen darf

Verzögert durch einleuchtendes, praktisches und konkurrenzlos

billiges Vorrichtung, welche durch jedermann spielend

leicht zu jeder Gasanlage befestigt werden kann, ist jeder

Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 50 Prozent

Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern

er verbrennt sogar bei dunklen Brennern die Heiligkeit

des Gaslichtes um ca. 300 Prozent.

Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen An-

verkündungen aus allen Kreisen vor.

Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 26.—

E. A. Bork, Hamburg 12, Eppendorferweg 17.

Vertreter an allen Orten gesucht!

# BORG



## Zigaretten für Qualitäts-Raucher aus feinsten orientalischen Tabaken

№ 18 Baltikum  
J. BORG  
Zoppotas m. M. J. B.  
Sambul Mondain  
Gold :: Kork

## Der Löwe des Tages!



## Stroh-Panama-Velour-Fitze Hüte

für Damen und Herren  
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten  
Formen bei sorgfältigster Ausföhrung in  
kürzester Zeit

umgepreßt,  
gewaschen und gefärbt.  
Stroh- und Filzhut-Fabrik  
Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle  
zur Lawendelgasse Nr. 8-7.  
(gegenüber der Markthalle). 14389

## Anfertigung eleganter Damen- u. Herren-Garderoben nach Maß zu billigsten Preisen.

Mitgebrachte Stoffe werden verarbeitet. 15448

Reparaturen — Wenden — Modernisieren

H. Guddat, Schneidermeister.

Breitgasse 58, Eingang Zwirngasse.

## Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Aronen usw. unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Institut für Zahnleidende

Telef. Pfefferstadt 71 I Telef. 2621

Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

## Prima trockenen Torf

sowie gutes, gesundes

Kiefern- und Hartbrennholz

sowie auch 15530

Kohlen usw.

liefert zu Tagespreisen ab Lager und frei Haus.

Minderbemittelte Vorzugspreise.

H. WOLFF

Ohra, Rosengasse 12-13.

## Wir empfehlen die vorzügliche Nabenstein-Karte

vom

## Freistaat Danzig

Preis 7.20 Mk.

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

## Volkspfürsorge, Herren-Stoffe

zu konkurrenzlos billigen Preisen

(+ 18, I Schmiedegasse 18, I Abramowski.

Steckbriefe. — kein Polsterverfall.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Elegante Maßanfertigung

unter erprobter technischer Leitung.

Großes Stofflager.

Verkauf auch meterweise.

Schallmach

Breitgasse 10, Ecke Kohlengasse, früher Goldene 10. 15416

1. Züngle-Ulster

zu verkaufen. Globke,

Faulgraben 8, I. (+

## Eiserne Ofen, Karbid

in klein. u. großen Mengen verkauft billig

15439 L. Fenselau & Co.,

Peterstr. 8.

## Billige Puppen

und Babys zu verkaufen. Reparaturen billigst. (+

E. Winkler, Johannisg. 83.

in trockenes ofenfertiges

Stubbenholz

Eiche, Buche, Zentner

13,50 ab Lager Alt-

Schottland 1/2. 15485

Wilhelm Prillwitz.

Telefon 2530.